

// ZEITUNG FÜR STUDIERENDE • WINTERSEMESTER 2016/17 //



Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen für Hilfskräfte

## Und es bewegt sich doch was!

**// Lohnerhöhung, Mindestvertragslaufzeiten, Personalvertretung – mit dergleichen und anderen infamen Forderungen machen aktuell studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte auf sich aufmerksam. Herrschte in den vergangenen Jahren eher arbeitskämpferische Lethargie im Metier der Hilfskräfte, ist spätestens seit den Streiks an der Frankfurter Goethe-Uni eine neue Welle der Auseinandersetzungen eingeläutet. Woran entzündeten sich aber diese Kämpfe und was ist derzeit im Gange? //**

Studentische und häufig auch wissenschaftliche Hilfskräfte sind im Vergleich zu anderen Personalgruppen wesentlich schlechter gestellt: Sie haben meist extrem kurze Vertragslaufzeiten und in Konfliktfällen keine Anlaufstelle wie einen Personalrat. Auch die letzte Lohnerhöhung stammt in nicht wenigen Fällen aus dem vergangenen Jahrzehnt oder wurde gar beschlossen, als die Rechner in der Univerwaltung noch auf Windows 98 liefen.

### Initiativen bilden sich

Gegen diese Situation regt sich Widerstand. In Frankfurt am Main zum Beispiel befand sich die dortige Hilfskraft-Initiative im vergangenen Jahr in einer Tarifauseinandersetzung mit dem Präsidium der Goethe-Uni. Nach zwei Warnstreiks und begleitenden Aktionen konnte zwar keine Einigung erzielt werden, weil die Verhandlungen von Seiten des Präsidiums abgebrochen wurden. Trotzdem war dieser Kampf für die Hilfskräfte nicht gänzlich unerfolgreich: Das Beispiel Frankfurt hat gezeigt, dass

bereits eine mittelgroße Gruppe von aktiven Personen ein beachtliches Knarren im Gebäck der Hochschule auslösen kann. So hat die erkämpfte Lohnerhöhung auch andere hessische Universitäten in Marburg oder Darmstadt unter Zugzwang gesetzt.

Gleichzeitig ploppen aktuell bundesweit Initiativen auf, die sich die Organisation und Vertretung von Hilfskräften auf die Fahnen geschrieben haben. So gibt es unter anderem in Rostock, Mainz, Potsdam, Hannover oder Augsburg neu gegründete Zusammenschlüsse, die die Landkarte bestehender Initiativen um einige ihrer leeren Flecken bereinigen. Diese Gruppen bilden sich häufig als Reaktionen auf einen konkreten Konfliktfall oder sie organisieren sich schlicht, um der herrschenden Vereinzelung von Hilfskräften etwas entgegenzusetzen.

Hoffnung macht aktuell vor allem die Entwicklung in Berlin: Um den einzigen bestehenden Tarifvertrag für Hilfskräfte – ein fast 15 Jahre altes Dokument – neu aufzulegen, hat sich ein Kreis aktiver Gewerkschafter\_innen gefunden, die dieses Vorhaben vorantreiben wollen. Dazu wurden bisher fast 400 Neumitglieder für die Gewerkschaften geworben, mit deren Support dem Ziel einer schlagkräftigen Basis ein gutes Stück näher gekommen werden konnte.

### Wie weiter?

Neben all dieser Bewegung gibt es aber reichlich Probleme, die die Organisation von Hilfskräften notorisch schwierig machen: Sie sind kaum zu erreichen, wegen der kurzen Vertragslaufzeiten fast nur kurzfristig organisierbar und häufig eher schüchtern darin, offensive Forderungen an ihre Arbeitgeber\_innen zu formulieren. Für Ge-

werkschaften gilt es nun, auf diese Situation eine Antwort zu formulieren. Studierende treten auf Hilfskraftstellen nicht selten in einen ersten Kontakt mit ihrer Rolle als Lohnarbeiter\_innen. Sie erfahren dabei unmittelbar eine Zurichtung auf die Anforderungen des Wissenschaftsbetriebs: Verordnete Flexibilität, Selbstaussbeutung und Anpassung werden dort als goldene Tugenden eingeübt. Wenn Gewerkschaften also den Universitätsbetrieb verändern wollen, müssen sie bei den Hilfskräften beginnen.

### Organisiert euch!

Diese Aufforderung könnte bereits mit der Unterstützung der selbstorganisierten Hilfskraft-Initiativen erfüllt werden. Den meisten gelingt es, einen niederschweligen Ansatzpunkt zu schaffen, über den Hilfskräfte dazu angeregt werden, für ihre eigenen Interessen und die ihrer Kolleg\_innen einzustehen. Substantiell wird sich allerdings erst dann etwas ändern, wenn auch von Seiten der Studierenden die Notwendigkeit zur Organisation erkannt wird: Zu allererst müssen sie sich selbst für ihre Sache stark machen. Darüber hinaus bedarf es der Solidarität von Studierenden, die sich nicht unmittelbar in Arbeitsverhältnissen an der Hochschule befinden. Denn: Nur mit breiter Unterstützung lässt sich dieses Anliegen vorantreiben. Bis zur Tarifrunde 2017 ist also noch einiges zu tun.

**Alexander Herold ist Mitglied des Sprecher\_innenteams im Landesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW Hessen und studiert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.**



Unsere Zeit – Unsere Fragen: Rückblick auf die GEW-Jugendkonferenz

# GEWolution

**// Zeit für unsere Fragen! Die gab es auf der GEWolution – der gemeinsamen Konferenz der Jungen GEW und der GEW-Studis. Franziska Hense berichtet von einem bunten Wochenende mit über 100 Teilnehmer\_innen. //**

Rotenburg an der Fulda. Samstag, 14 Uhr. Leichter Nieselregen. Ich komme am Bahnhof an und schaue mich unsicher um. Wo muss ich eigentlich hin? Gott sei Dank habe ich im Zug schon jemanden kennengelernt, der auch auf die GEWolution fährt. Vielleicht weißt du ja...? Nein, auch nicht. Ach, da sehe ich die GEW-Fahne im Wind wehen. Sie zeigt uns den Weg: „Immer den Ballons folgen, dann den Berg hoch!“ Berg? Ich komme aus Norddeutschland. So was kenne ich nicht! Okay, ich mache mich auf den Weg. Endlich oben angekommen (ja, der Berg war steil!), werden wir vom grandiosen Organisationsteam begrüßt und erhalten gleich einen Beutel mit allen Infos. Ab aufs Zimmer, kurz erholen und dann ins erste Podium. Ich bin gespannt. Es ist meine erste Großveranstaltung der GEW und ich bin sehr aufgeregt. Was kommt auf mich zu und vor allem: was wird von mir erwartet?

## Traumjob mit Fragezeichen

Der erste Vortrag wird von Margareta Steinrücke gehalten: Neue Arbeitskämpfe und Zeit. Klar, Zeit. Das ist ja das Thema der GEWolution. Aber was bedeutet das eigentlich? Kita-Streik. GEW-Thema. Prekäre Beschäftigung. In irgendeinem Soziologie-Seminar schon mal gehört. Doch was das heißt, begreife ich erst jetzt. Ich sitze neben einer Erzieherin aus Baden-Württemberg. Frau Steinrücke erzählt, und meine Nachbarin nickt. Schaut mich von der Seite an und sagt: „So ist es. Wir sind völlig überlastet.“ Ich beginne zu begreifen. Ich bin Studi und im Universitätskosmos gefangen, in dem ich anscheinend viel zu sehr kreise. Es gibt so vieles anderes, was ich noch nicht begreife, verstehe, weiß. Vortrag vorbei. Ich fühle mich bereichert. Mein erster Workshop beginnt. „Traumjob Wissenschaft?“ von Dr. Andreas Keller. Mein Traumjob ist die Wissenschaft. In diesem Workshop wird mir klar, warum das Fragezeichen dreimal unterstrichen sein sollte. Stichwort: Templiner Manifest. Mit dieser Kampagne macht sich die GEW für eine Reform von Berufswegen und Personalstrukturen in der Wissenschaft stark. Nicht ohne Erfolg – aber viele Probleme bleiben. Ich

gehe mit gemischten Gefühlen aus dem Workshop. Abends schauen wir den Eurovision Song Contest und trinken Bier. Super.

## Zeit zu kämpfen

Der nächste Tag beginnt mit einem weiteren Podium. Es geht wieder um Arbeitskämpfe. Der Kita-Streik wird genau erklärt. Ich fühle mich gleichzeitig informiert und ahnungslos. Da ging ja einiges an mir vorbei. Nach dem Mittagessen beginnt mein zweiter Workshop: „Flickenteppich Lehrer\_innenbildung“. Klasse, da kenne ich mich aus. Werde ja selbst Lehrerin. Ich bin überrascht. Dass das Referendariat und auch das Studium überall verschieden sind, war klar. Aber dass Bologna tatsächlich so wenig gebracht hat. Da besteht großer Veränderungsbedarf. Wir brauchen mehr Konferenzen wie diese. Wir müssen über so was noch mehr reden, denke ich. Zeit ist um. Zeit, denke ich. Mein letzter Workshop naht. „Aktiv werden an der Hochschule“. Das bin ich ja eh schon. Mal schauen, wo da noch Luft nach oben ist. Spannend zu hören, was an anderen Universitäten gewerkschaftlich so los ist. An meiner kleinen Uni im Grenzgebiet zu Dänemark ist dagegen nix los. Muss ich ändern, denke ich. Wenn ich Zeit habe.

## Bis zum nächsten Mal

Zeit. Ja, Zeit. DAS Thema der GEWolution. Es ist tatsächlich Zeit für unsere Fragen. In der Abschlussrunde wird gefragt, ob wir die GEWolution nicht häufiger als alle vier Jahre stattfinden lassen können. Ja, denke ich. Wir müssen das hier fortsetzen. Wir brauchen nicht nur mehr Zeit. Wir brauchen auch Gelegenheit, danach zu fragen. Und zwar laut. Und immer wieder. Bis wir endlich mehr davon bekommen. An der Uni als Studierende und Wissenschaftler\_innen. In der Schule als Lehrer\_innen. Und als Erzieher\_innen in der Kita. Die GEWolution ist zu Ende. Ich sitze in Kassel am Bahnhof und warte auf meinen ICE Richtung Hamburg. Ich denke über das Wochenende nach. Das war gut, finde ich. Wir sollten das häufiger machen. Und ich? Ich bin nächstes Mal ganz sicher wieder dabei.

**Franziska Hense studiert in Flensburg und ist Mitglied im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW.**



Foto: Stefan Brasse

Über 100 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben über Pfingsten klar gemacht, wofür sie sich engagieren wollen.

## Arbeitszeitverkürzung

# Totgeglaubte leben länger

**// „Unsere Zeit – unsere Fragen“ lautete das Motto der diesjährigen Konferenz junger Gewerkschafter\_innen in der GEW. Was die Kolleg\_innen als drängendes Thema ihrer Zeit verstanden wissen wollen, machten sie gleich mit dem Auftaktvortrag klar: Es geht ihnen um die Verkürzung der Arbeitszeit. //**

Dabei war die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung lange Jahre totgeglaubt, bis plötzlich allerorten wieder mehr Zeit für gute Arbeit, mehr Zeit für gute Bildung, mithin mehr Zeit für das gute Leben gefordert wurde. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es sich bei derlei Forderungen keineswegs um Modeerscheinungen einer Wohlstandsverwöhnten Moderne handelt. Vielmehr durchzieht kein Thema die Kämpfe der Arbeitnehmer\_innen so sehr wie die Verkürzung der Arbeitszeit.

Beispielsweise gelang es den Arbeiter\_innen 1847 nach einem dreißigjährigen Kampf, ausreichend Druck für den Ten-Hours-Act, die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden, aufzubauen. Damals wurde im Parlament die Reduzierung der täglichen

Arbeitszeit unter anderem aus Gründen der Beschulung von Kindern, bei denen religiöse, moralische und intellektuelle Erziehung vermisst wurde, beschlossen. Die Erfolge daraus stellten sich auch für die Fabrikbesitzer\_innen schnell ein, die nun über ausgeruhte und somit leistungsfähigere Arbeitnehmer\_innen verfügten.

## Kontrolle über die Arbeitszeit

Karl Marx bewertete die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit nicht nur als praktischen Erfolg, sondern als historischen Sieg: Zum ersten Mal gewann das Prinzip der menschlichen Kontrolle über die Produktionsweise gegen das Prinzip der endlosen Verfügung über die Ware Arbeitskraft. Die damalige industrielle Revolution findet sich heutzutage in Schulbüchern der Kinder, die nun die ganze Woche staatliche Erziehung genießen dürfen.

Doch schaut man sich die heutigen Wünsche der Arbeitnehmer\_innen an, scheint es immer noch um die gleichen Kämpfe zu gehen: Es geht um die Mitbestimmung über Arbeitszeit. Für Vollzeitbeschäftigte bedeutet dies die Verkürzung des Arbeitstages, um mehr

vom Leben außerhalb der Erwerbsarbeit zu haben. Arbeitnehmer\_innen in Zwangsteilzeit wünschen sich häufig mehr Arbeitszeit, um weniger Stress und ein höheres Einkommen zu haben. Arbeitslose schließlich wünschen sich überhaupt Arbeitszeit, um Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe zu finden.

Es geht im Kampf um die Arbeitszeit aber nicht nur um das reine Zeitquantum, sondern auch um die Frage, was innerhalb der Arbeitszeit geschieht. Rufe nach Zeit für mehr gute Bildung, nach mehr Zeit für Care-Arbeit oder auch für Mitbestimmung zeigen, dass es auch um eine innere Arbeitszeitverkürzung geht, um mehr Zeit für Arbeit außerhalb der Verwertbarkeit. Damit schließt sich der Kreis zu den historischen Kämpfen in der industriellen Revolution und zu Marx: In der Verkürzung des Arbeitstages und in der Mitbestimmung über seinen Inhalt geht es um die Kontrolle der Menschen über ihre soziale Welt.

**Matthias Schröder ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW.**





Wie in Fritz Langs Filmklassiker „Metropolis“ die Zeit der Herrschenden und die der Fabrikarbeiter\_innen mit zweierlei Ziffernblättern gemessen wird, so ticken auch die Uhren des ECTS-Systems verschieden. Während ein Credit point in manch anderen Ländern einer Arbeitszeit von 25 Stunden entspricht, sind es in Deutschland 30.

Foto: Deutsche Kinemathek

Das European Credit Transfer System

# Stechuhr der Studienreform?

**// Dass Zeit ein bedeutender Faktor in der Gesellschaft ist, liegt heute auch und gerade für Studierende auf der Hand. Für sie sind ECTS-Punkte der Maßstab für Zeit – aber wozu dienen sie? Geht es hier um Arbeitsschutz oder um ein zeitliches Kontrollregime? //**

Leistungspunkte nach dem European Credit Transfer System (ECTS) sollen einerseits die zeitliche Belastung, den sogenannten Workload, eines Studiengangs messen und so über die Studierbarkeit eines Studiums Rechenschaft abliefern. Hierüber soll der komplette Zeitaufwand eines Studiengangs gemessen werden – also nicht allein die Veranstaltungszeiten oder die Zeit einer abzuleistenden Prüfung. Auch die Zeiten für die Vor- und Nachbereitung, für Praktika, für das Schreiben von Hausarbeiten oder für die Vorbereitung von Klausuren, aber auch Zeiten für das Selbststudium fließen in die Berechnung mit ein. So gesehen handelt es sich bei ECTS-Punkten zunächst einmal um eine Art studentische Arbeitsschutzbestimmung, die Überlastung verhindern soll.

Auf der anderen Seite ist das Instrument in seiner verwaltungstechnischen Umsetzung an deutschen Hochschulen mit einer zeitlichen Taktung des Hochschulstudiums verbunden. Hinzu kommt eine verwaltungsbürokratisch penible Umsetzung, die jeder und jede Studierende kennen dürfte. Entgegen dem eigentlichen Gedanken von ECTS werden oft nur bestimmte Zeitkontingente als solche anerkannt – und dies auch nur dann, wenn sie in Systemen der elektronischen Erfassung fristgerecht und passend verbucht wurden. Durch die allgegenwärtige Technokratie, die für die Studienreform in der BRD prägend ist, wirken die Credit points nicht nur als ein System der Anerkennung, sondern auch als Kontrollsystem. Der Faktor der zeitlichen Erfüllung muss von den Einzelnen gegenüber diesem System erst belegt werden. Was zunächst den Anschein einer Arbeitszeitbegrenzung für Studierende gehabt haben mag, hat sich so zu einer Praxis der Normierung entwickelt. ECTS sind zu einer Art Stechuhr der Studienreform geworden, und elektronische Ver-

buchungssysteme sind das Werkzeug, das Studierende an heutigen Hochschulen zu passieren haben. Die Disziplinierung findet auf digitalem Weg statt.

## Von der Vergleichbarkeit zur Angleichung

Inhaltlich verbunden war die Messung des Zeitaufwands in Studiengängen durch ECTS-Punkte zunächst übrigens nur mit dem Gedanken der leichteren Anerkennung beim Wechsel zwischen verschiedenen Hochschulstandorten oder Studiengängen. Die Idee eines Punktesystems tauchte bereits lange vor Bologna auf – konkret in einem EU-Erasmus-Projekt aus dem Jahr 1989. Es sollte die Mobilität der Studierenden verbessern und eine Vergleichbarkeit zwischen ungleichen Studiengängen ermöglichen. Nachdem der Bologna-Prozess Fahrt aufgenommen hatte, ließ sich die Verknüpfung mit dem Gedanken einer strukturellen Angleichung beobachten. Das Punktesystem wurde so zur allgemeinen Strukturgrundlage der modularisierten Studiengänge. Mit den Worten der Europäischen Kommission (2004): „Durch das ECTS-System können alle – einheimische und ausländische – Studierende Studiengänge leichter verstehen und vergleichen. Das System erleichtert die Mobilität und die akademische Anerkennung. Den Universitäten hilft es, ihre Studiengänge zu organisieren und zu überarbeiten.“ Dieser Gedanke eines allgemein verbindlichen Akkumulationssystems, an dessen Eigenheiten die Studiengänge anzupassen seien, wird im Zuge des Bologna-Prozesses entsprechend wirkmächtig. Während die Studienreform nämlich vorgibt, von der tatsächlichen Gestaltung der Studiengänge – auf der inhaltlichen Ebene – abzusehen, fordert sie die strukturelle Angleichung der Studiengänge nur umso stärker. Mit Strukturvorgaben aber lässt sich ebenfalls steuern. Durch sie wird die Studienreform an den Hochschulen in eine bestimmte Verwaltungsrationalität gepresst, die sich in den Institutionen breitmacht.

## Es geht um Anerkennung

Die Orientierung an der Jagd nach Punkten konfrontiert die Studierenden mit einer zeitlichen Taktung

und wirkt sich nicht selten auch auf das Lernen aus. Die Lernstrategien reduzieren sich auf effektives, aber kleinteiliges Punktesammeln, bei dem der Blick auf das große Ganze und der Sinngehalt von Entwicklungsschritten über zusammenhängende Phasen verloren zu gehen drohen. Für Lehrende wiederum bringt die derzeitige Konzentration der Studienreform in der BRD auf bloß verwaltungstechnische Instrumente einen immensen Verwaltungsaufwand mit sich. Kein Wunder, dass zuletzt auch konservative Akteure mit dem Zeitregime haderten. In ihrer gemeinsamen Erklärung zur europäischen Studienreform haben Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz im Juli erklärt, dass die erworbenen Kompetenzen der Maßstab der Anerkennung seien und nicht der quantitative Vergleich der ECTS-Punkte.

Wenn Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz es ernst meinen, müssen sie sich vor Ort zuallererst dafür einsetzen, dass die Anerkennung von andernorts erbrachten Studienleistungen erheblich leichter funktioniert. Eine gültige Rechtsgrundlage hierfür gibt es mit der Lissabon-Konvention bereits ohnehin. Mit ihr wurde die Beweislast im Vergleich zur üblichen Vorgehensweise umgedreht und zum Wohle der Studierenden ausgelegt: Bei Fragen der Anerkennung sind es fortan nicht sie, die nachweisen müssen, dass eine Studienleistung den geforderten Ansprüchen entspricht, sondern es ist umgekehrt die Hochschule, die belegen muss, dass die Leistungen nicht vergleichbar sind. Bei einer konsequenten Umsetzung der Lissabon-Konvention stünde einer recht unkomplizierten Anerkennungspraxis im Grunde wenig im Weg. Besagte Konvention wurde allerdings bereits 1997 beschlossen und trat 2007 in Kraft. Es wäre schön, wenn die Hochschulen es im Jahr 2017 dann einmal schaffen, eine flexible Anerkennung von Studienleistungen tatsächlich auf den Weg zu bringen.

**Sven Lehmann ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW.**





Abimbola O. war Lehrer in Nigeria, bevor er nach Deutschland floh. Er ist Teilnehmer des Projekts „Here to participate“ der GEW Hamburg.

Das Refugee-Buddy-Programm der GEW Hamburg

# Here to participate!

**// Die GEW Hamburg entwickelt ein Austauschprogramm zwischen Geflüchteten und in Deutschland tätigen Pädagog\_innen, das nicht nach dem Aufenthaltsstatus fragt. Interessierte können zusammenarbeiten, Strukturen der GEW kennenlernen und gemeinsam Schulunterricht, den Kita-Alltag, das Hochschulseminar oder den Nachmittag im Jugendzentrum gestalten. Eingebunden werden soll das Projekt in einen politischen Rahmen, der eine deutliche Kritik am europäischen Migrationsregime einschließt. //**

Unter dem Schlagwort „Flüchtlingskrise“ wird seit Monaten das Thema Migration und Flucht verhandelt. Nachdem im Sommer 2015 das europäische Grenzregime in eine Krise geraten ist und für kurze Zeit das Dublin-Verfahren außer Kraft gesetzt war, reagierten Europa und die Bundesregierung mit verstärkter Repression auf die Migrationsbewegung: Zäune wurden errichtet, Grenzkontrollen wieder eingeführt, Fluchtrouten versperrt, neue Länder als sichere Herkunftsländer deklariert und das faktisch schon in den 1990er Jahren stark eingeschränkte Asylrecht weiter verschärft. Auch jene, die es nach Deutschland geschafft haben, sehen sich staatlichen Repressionen ausgesetzt: So wurde teilweise die Residenzpflicht wieder eingeführt, es werden vermehrt Gutscheine anstatt Bargeld ausgegeben, Abschiebungen werden trotz ärztlicher Bedenken erleichtert und zudem nicht mehr angekündigt, Geflüchtete müssen sich finanziell an den Integrationskursen beteiligen (wenn sie überhaupt Zugang erhalten), der Familiennachzug wird größtenteils verwehrt und es werden Abschiebelager an den Grenzen errichtet. Eine Hierarchisierung von Fluchtgründen anhand der Figur der bzw. des „guten“ oder „schlechten“ Geflüchteten und die damit einhergehend variierende Zu- oder Absprache von Rechten weitet sich aus.

Neben der staatlichen nimmt auch die nicht-staatliche rassistische Gewalt an Qualität und Quantität zu: Brennende Unterkünfte, Schüsse auf eine Wohnung im hessischen Dreieich und die Blockierung eines Busses mit Geflüchteten im sächsischen Clausnitz sind nur einige Beispiele für die über 900 rassistischen Angriffe seit Anfang 2015. Die Täter\_innen sind, wie die wenigen aufgeklärten Fälle in Escheburg zeigen, nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch unter den so genannten besorgten Bürger\_innen zu suchen. Diese rotten sich zusammen und bilden stets dort, wo eine neue Unterkunft entsteht, Protest-Initiativen, die je nach Habitus gewaltsam vorgehen oder vor Gericht ziehen. Die Grenze des Sagbaren hat sich weit nach rechts verschoben, wenn wie in Bornheim männlichen Geflüchteten der Zutritt zum öffentlichen Schwimm-

bad versagt wird. Diese Tendenz zeigt sich auch in den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen: Die AfD sitzt mittlerweile in acht Länderparlamenten. Im letzten Jahr sind aber auch viele Hilfsinitiativen entstanden. Menschen, die bisher sozial oder politisch nicht aktiv waren, organisieren sich und übernehmen staatliche Aufgaben. Das ist wichtig und richtig. Eine Politisierung dieser humanitären Hilfe findet jedoch nicht immer statt und führt zu Konflikten zwischen oder innerhalb der einzelnen Initiativen. Viele der Unterstützer\_innen verstehen ihr Handeln als unpolitisch, obwohl sie sich teilweise mit ihren Aktionen am Rande der Legalität befinden. Die derzeitigen desaströsen Umstände sind jedoch das Resultat einer auf Mikro-, Meso- und Makroebene rassistischen Alltagspraxis. Wenn nicht die Aufrechterhaltung des Status quo das Ziel ist, muss humanitäre Unterstützung in einen politischen Rahmen gesetzt werden.

## Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Akteurinnen

Auch Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Akteurinnen sind hier in der Verantwortung, auf die aktuellen Zustände aufmerksam zu machen, Position zu beziehen und ihre eigenen Strukturen zu öffnen und zu verändern. Fragen sozialer Ungleichheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen zusammen gedacht werden. Auch wenn die derzeitigen Ereignisse in Zahl und Intensität erschlagend wirken, sollten wir nicht resignieren, sondern der rassistischen Grundstimmung ein alternatives Projekt entgegensetzen. Es gilt, kreativ zu sein und die eigenen Ressourcen und Strukturen auch unkonventionell zu nutzen. Anderswo wurde vorgemacht, wie dies aussehen kann: So fordert der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO von Arbeitgeber\_innen, dass sie für alle Beschäftigten Bankkonten einrichten, was Illegalisierungen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus nicht möglich ist. Die spanischen Verbände CC.OO und UGT koalieren seit Jahren mit Menschenrechts- und Migrant\_innenorganisationen und kämpfen mit ihnen solidarisch für die Legalisierung. Andere Gewerkschaften stellen ihre Häuser als Meldeadresse zur Verfügung. Dies sind nur einzelne Beispiele, Möglichkeiten gibt es viele!

## Here to participate!

Refugees und Aktive aus der GEW Hamburg initiieren gerade ein Programm, das sowohl die Gewerkschaft als auch das Berufsfeld „Bildung“ öffnen soll. Zum einen soll Geflüchteten, die im Bildungsbereich tätig waren oder dies anstreben, mit oder ohne Arbeitserlaubnis die Organisation innerhalb der GEW theoretisch und praktisch ermöglicht werden. Über eine symbolische Mitgliedschaft hinaus sollen Strukturen und Gremien für Pädagog\_innen mit Fluchterfahrung zugänglich

gemacht werden, um so eine aktive Mitarbeit zu ermöglichen. Zum anderen sollen Wege in die Berufswelt geebnet werden. Via Hospitationen können geflüchtete Lehrer\_innen Einblicke ins deutsche Bildungssystem gewinnen, gegebenenfalls auch Unterricht selbst gestalten, Kontakte knüpfen und eigene Erfahrungen einbringen. Mit dem „Here to participate!“-Refugee-Buddy-Programm wird ein Austausch von geflüchteten und nicht-geflüchteten Pädagog\_innen auf Augenhöhe – wenn auch unter ungleichen gesellschaftlichen Bedingungen – hergestellt. Um die neuen Kolleg\_innen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anzuerkennen und ihnen eine Partizipation in allen Bereichen zu ermöglichen, geht es außerdem darum, gemeinsam für ihre institutionelle Gleichstellung zu kämpfen: für Bleiberecht und Arbeitserlaubnis. Auf den bisherigen Vernetzungstreffen nahmen neben Refugees auch Lehrer\_innen und Kolleg\_innen aus verschiedenen GEW-Zusammenhängen teil und konzipierten erste Grundzüge des geplanten Programms.

## Fehlende Anerkennung

Dabei traten zwei schwerwiegende Themen zu Tage, anhand derer die Grenzen des Buddyprogramms schnell deutlich wurden. Zum einen die Frage danach, welche Abschlüsse aus Herkunftsstaaten in Deutschland anerkannt werden und welche nicht. Und zum anderen die Frage danach, wie Arbeitserlaubnisse erlangt werden können. Leider können Gewerkschaften weder einen Abschluss offiziell anerkennen noch eine Arbeitserlaubnis ausstellen. Trotzdem – oder gerade deshalb – wurde festgehalten, dass die Arbeit von Here to participate! nicht beim Austausch unter Fachkräften enden darf, sondern in einem gemeinsamen politischen Kampf für die strukturelle Gleichstellung von geflüchteten Kolleg\_innen eintreten muss: für die Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse (und Ausbildungsabschlüsse) und Arbeitserlaubnisse für alle! Nach den Hamburger Sommerferien werden wir mit weiteren Treffen und ersten Auswertungen der Hospitationen das Projekt weiterführen.

**Gesa Müller aus dem Landesausschuss der GEW-Studis in Hamburg engagiert sich im Refugee-Buddy-Programm.**

**Mehr Infos bei der GEW Hamburg:**  
[gewstudis.blogspot.de](http://gewstudis.blogspot.de)  
[gew-hamburg.de/themen/gew/](http://gew-hamburg.de/themen/gew/)  
[here-to-participate](http://here-to-participate)



Kurdische Studierende in der Türkei

# Kultur des Schweigens

// Interview mit Ronahi vom Vorstand des kurdischen Studierendenverbands YXK. Die Fragen stellt Matthias Schröder. //

**Bereits in den letzten Jahren war viel von Repressionen im Bildungssystem der Türkei zu hören. Wie waren die Studierenden betroffen?**

Die Repressionen seitens der AKP-Regierung gegen das Bildungssystem sind nur als ein Teil der allgemeinen Politik in der Türkei zu begreifen. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sind von einer zunehmend autoritären Politik betroffen. Das gilt vor allem für die Orte der Wissens- und politischen Meinungsbildung – die Schulen, Universitäten und Medien. Die türkische Republik ist auf einem monolithischen Verständnis der türkischen Nation aufgebaut, das die Existenz anderer Ethnien, Religionsgruppen oder abweichender politischer Ideologien nicht duldet und deshalb bekämpft. Schon von Kind auf wird einem die Parole „Eine Nation – eine Flagge – eine Sprache“ eingehämmert und versucht, eine homogene Masse zu formen, die der kulturellen Diversität Anatoliens und Mesopotamiens nicht entspricht.

Eine Analyse dieser gezielten Politik macht auch die Verantwortung des herrschenden Bildungssystems und Unterrichtswesens für die gegenwärtige Apathie der türkischen Gesellschaft begreiflich. In der Türkei herrscht – mit den Worten des Pädagogen Paulo Freire – regelrecht eine „Kultur des Schweigens“. Die Schüler\_innen und Studierenden werden als „leere Behälter“ mit den (Wert-)Vorstellungen und (Vor-)Urteilen des autoritären Regimes gefüllt. Der Bildungs- und Erziehungsvorgang schafft Passivität und selbstentfremdete sowie fremdbestimmte Individuen. Einen Ausweg für solch eine Gesellschaft stellt die Identifizierung und das Vertrauen in den „großen charismatischen Führer“ dar – im Fall der Türkei dem sich entsprechend inszenierenden Präsidenten Erdoğan.

Gleichzeitig bilden Universitäten, wie schon immer in gesellschaftliche Kämpfen und insbesondere in der Geschichte der linken, revolutionären und demokratischen Kräfte in der Türkei, die Keimzelle eines neuen kritischen Denkens und systemkritischer Organisation. Daher sind massenhafte Exmatrikulationen linksgerichteter Studierender gängige Praxis. Auch Stimmen gegen die zunehmende Islamisierung oder die mit Nationalismus

vollgeladenen Bildungsinhalte müssen mit öffentlicher Diffamierung und Repressionen rechnen. Davon sind neben Studierenden auch demokratisch gesinnte Hochschulmitarbeiter\_innen und Professor\_innen betroffen, die kaum noch Stellen an den Universitäten finden.

**Wie hat sich die Lage seit dem Putschversuch verändert?**

Linke Intellektuelle und Journalist\_innen ziehen seit dem Putschversuch immer öfter Vergleiche zur Machtübernahme Hitlers im Deutschen Reich. Das liegt nicht nur an der von Erdoğan selbst benutzten Terminologie wie „Säuberung“ oder „Ausnahmestand“. So wie unter dem NS-Regime unzählige Akademiker\_innen ihre Posten oder Titel verloren, werden gegenwärtig tausende Hochschulmitarbeiter\_innen und Rektor\_innen entlassen sowie dutzende Universitäten geschlossen. Die Zuspitzung des nationalistischen Klimas begann Anfang des Jahres mit dem Angriff auf die akademische Welt. Als die Initiative „Akademiker für den Frieden“ mit 1.128 Akademiker\_innen von 89 Universitäten in der Türkei und über 355 aus dem Ausland den türkischen Staat aufforderte, seine Gewaltpolitik in Nordkurdistan zu beenden und für Verhandlungen einen Boden zu bereiten, heizte Erdoğan eine Pogromstimmung gegenüber den Intellektuellen an. Dutzende Hochschulangehörige verschiedener türkischer Universitäten wurden Ende Januar mit dem Vorwurf der „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ festgenommen. Unter dem extremen Druck von Präsident Erdoğan wurde die parlamentarische Immunität der Abgeordneten der „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP) im Mai aufgehoben. Das ist als politischer Putsch zu bewerten, der dazu diente, Kurd\_innen und andere von der HDP repräsentierten und marginalisierten Gruppen aus dem Parlament auszuschließen. Außerdem muss betont werden, dass sowohl der Putschversuch im Juli von Teilen des Militärs als auch der gegenwärtig andauernde Ausnahmezustand einen männlichen Charakter trägt. Der Grad an Sexismus und an patriarchaler Gewalt gegen Frauen hat zugenommen.

**Wie organisieren sich Studierende in der Türkei und in Nordkurdistan?**

Viele kurdische Studierende sind unter dem Dach der Föderation der Demokratischen Jugendvereine

(türkisch: Demokratik Gençlik Dernekleri Federasyonu, DEM-GENÇ) organisiert. Im vergangenen Dezember hat der Verein seinen ersten außerordentlichen Kongress mit 500 Delegierten und 30.000 Teilnehmer\_innen in Amed (Diyarbakir) durchgeführt. Unter dem Dachverband sind die Studierenden mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen organisiert, wie den jungen autonomen Frauen. Daneben gibt es miteinander verknüpfte Bereiche wie Kultur und Sport, Öffentlichkeitsarbeit und Internationalismus. DEM-GENÇ sieht eine Organisation in Rätestrukturen und Arbeitskommissionen vor. Ziel ist, eine konföderal organisierte Jugendbewegung von Istanbul bis nach Amed aufzubauen. Die Studierenden tragen die Vorreiter\_innenrolle in allen Bereichen. Es werden an den Universitäten zahlreiche Zeitschriften mit verschiedenen Schwerpunkten produziert und verbreitet.

**Sind die Studierenden auch außerhalb der Hochschulen aktiv?**

Ja, das sind sie. Ziel der kurdischen Jugendbewegung ist ein gesellschaftlicher Wandel, der sich nicht allein durch Arbeiten in einem akademischen Elfenbeinturm verwirklichen lässt. Beispielsweise gehen in Kurdistan Studierende der Medizin in die Dörfer, versorgen die Menschen und klären die Bevölkerung auf. Es gibt einen generationsübergreifenden Widerstand der Gesellschaft in Kurdistan für eine friedliche Lösung der Probleme und die Demokratisierung der Türkei. Studierendearbeit heißt explizit, Verantwortung für die gesamte Gesellschaft zu übernehmen.

YXK – Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan ist der Verband der Studierenden aus Kurdistan. Seit 1991 ist YXK bestrebt, ein Verständnis für die kurdische Frage und die mit ihr zusammenhängenden Konflikte zu ermöglichen. Durch öffentliche Veranstaltungen wird über die Unterdrückungs- und Assimilationspolitik in den kurdischen Gebieten sowie über die dagegen Widerstand leistende Freiheitsbewegung aufgeklärt. Unter yxk-online.de gibt es Neuigkeiten und Unterstützungsmöglichkeiten.



Eine Demonstration von Studierenden gegen Rechts.



## Freibrief für den Verfassungsschutz?

**// Aufgrund einer durch den Verfassungsschutz angelegten Akte wollte Baden-Württemberg dem Realschullehrer Michael Csaszκόczy 2004 den Eintritt in den Beruf verweigern. In einem Gerichtsprozess ging der GEW-Kollege erfolgreich gegen dieses Berufsverbot vor – das Land musste sogar Schadensersatz zahlen. //**

Der Verfassungsschutz allerdings weigerte sich, die Bespitzelung einzustellen – und bekam hierfür nun durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe recht (AZ 4K 262/13). Eine Überwachungsmöglichkeit ergebe sich nicht erst bei verfassungswidrigem Handeln, sondern sei bereits bei Kritik an der Verfassungswirklichkeit möglich – mithin legitim bei Menschen, die bereit seien, politisch mit Kommunisten zusammenzuarbeiten. Kein Wunder, dass die Liste der Organisationen, die auf Basis einer solchen Argumentation in den Blick geraten, kunterbunt ist: So wird u. a. eine Kundgebung aus dem Jahr 2006 in Karlsruhe aufgelistet. Veranstalterin war die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Mittlerweile gibt es einen breiten Aufruf zur Solidarisation mit Michael Csaszκόczy. Er kann auf der Seite [www.gegen-berufsverbote.de](http://www.gegen-berufsverbote.de) unterzeichnet werden.

sl

## Raider heißt jetzt Twix

**// Die 2006 ins Leben gerufene „Exzellenzinitiative“ der Bundesregierung geht in die nächste Runde. Darauf einigten sich im Juni Bund und Länder, nachdem eine eigens für die Evaluierung des Elitenförderprogramms ins Leben gerufene Kommission im Januar ihre Ergebnisse präsentierte. //**

Aktuell profitieren elf Universitäten an neun Standorten von der Förderlinie „Zukunftskonzepte“ (man nennt sie auch Exzellenzunis) des insgesamt 4,6 Milliarden Euro schweren Programms. In der nun ab 2019 anlaufenden „Exzellenzstrategie“ werden es ebenso viele Hochschulen sein. Für das Programm sind künftig insgesamt 533 Millionen Euro pro Jahr eingeplant. Hauptziel von Initiative wie Strategie ist es, deutsche „Spitzenforschung“ international wettbewerbsfähiger zu machen. In Zukunft soll die Evaluierung der Geförderten dynamischer ausgestaltet sein, womit der bisherigen Kritik begegnet wird, jene Plätze an der Sonne seien zu schwer zugänglich. Nichtsdestotrotz ändert sich nichts an der Grundausrichtung des Konzepts, das seit 2006 im Verdacht steht, die Forschung zu Lasten von Lehre aufzuwerten. Kritiker\_innen bemängeln zudem, die Eliteunis würden internationale Forschung an anderen Standorten zunehmend erschweren.

pm

## Arbeitslosengeld II: Mehr Anspruch für Studierende

**// Seit August 2016 haben durch eine Änderung des Sozialgesetzbuchs II mehr Studierende als bisher Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts durch das Arbeitslosengeld II (ALG II). //**

So können neuerdings Studierende Anspruch erheben, die bei ihren Eltern wohnen und eine Hochschule besuchen, wenn sie BAföG beantragt haben, aber über den Antrag noch nicht entschieden wurde. Gleiches gilt, wenn die bei ihren Eltern wohnenden Studierenden BAföG beziehen oder nur aufgrund der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen (der Eltern) keine Förderung erhalten. Studierende, die eine nach dem BAföG im Grunde förderungsfähige Ausbildung absolvieren und nicht bei ihren Eltern wohnen, haben wenig Chancen auf ALG II. Für besondere Härtefälle oder Unterbrechungen im Studium gibt es aber nach wie vor weitere Ausnahmen. Auch kann trotz BAföG-Anspruch ein Mehrbedarf in besonderen Lebenslagen vorhanden sein.

Es lohnt sich also, den Anspruch auf ALG II zu prüfen.

ms

## Mutterschutz für Studentinnen

**// Bereits über 60 Jahre regelt das Mutterschutzgesetz, welche Schutzrechte werdende Mütter und ungeborene Kinder haben. Nun wurde es novelliert und bringt dank gewerkschaftlicher Interventionen zum 1. Januar 2017 auch Schutzrechte für Studentinnen mit sich. //**

Künftig darf ihnen kein Nachteil entstehen, wenn Ort, Zeit und Ablauf von Ausbildungsveranstaltungen eigentlich verpflichtend vorgegeben sind. Gleiches gilt, wenn sie ein im Rahmen der Ausbildung vorgeschriebenes Praktikum ableisten. Auf ausdrücklichen Wunsch der Studentinnen darf innerhalb der Schutzfristen vor und nach der Entbindung dem Studium nachgegangen werden. Ein Manko bleibt: Obwohl Studentinnen nun im Gesetz auftauchen, haben sie dennoch kaum Chancen auf finanzielle Leistungen. Einzig Studentinnen in einem zu Beginn der Mutterschutzfrist bestehenden abhängigen Beschäftigungsverhältnis können Anspruch auf Mutterschaftsgeld nach dem SGB V erheben. Richtig zum Tragen kommen diese Änderungen allerdings erst dann, wenn sie in den Ländern und an den Hochschulen umgesetzt werden.

ah

## BAföG – was sich alles ändert

**// Die bereits 2014 beschlossene 25. BAföG-Novelle wird erst zum Wintersemester 2016/2017 spürbare Auswirkungen haben. Dann steigen nämlich die Bedarfssätze sowie die Freibeträge von Einkommen und Vermögen um jeweils 7 Prozent. //**

Student\_innen dürfen mehr Geld dazuverdienen, ohne dass sich dies auf die Höhe ihres BAföG-Förderbetrages auswirkt. Für eine\_n nicht verpartnerte\_n bzw. unverheiratete\_n Student\_in ohne Kind liegt der Jahresfreibetrag dann bei max. 5.400 Euro brutto (bei abhängiger Beschäftigung) bzw. bei 4.400 Euro Gewinn (bei selbstständiger Tätigkeit). Der Wohnkostenanteil erhöht sich auf 250 Euro im Monat. Dass damit in der Regel nicht die realen Wohnkosten abgedeckt werden, kritisiert die GEW seit Jahren. Die Freibeträge bei der Einkommensanrechnung der Eltern werden um 7 Prozent erhöht. Die Freibeträge, unterhalb derer man sich von der BAföG-Rückzahlung befreien lassen kann, steigen ebenso. Substantielle Verbesserungen sind damit aber noch nicht erreicht. Diese Änderungen gleichen nämlich nicht mal den inflationsbedingten Verlust seit der letzten Anpassung aus. Für uns gilt daher: Nach der Novelle ist vor der Novelle!

ah

## Akkreditierung – so nicht!

**// Was für eine Klatsche: Das bestehende Akkreditierungssystem ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, so entschied das Bundesverfassungsgericht im März. //**

Verbindliche Regeln für Studiengänge könne man zwar festlegen, dafür seien nach demokratischen Maßstäben aber die Parlamente zuständig, die das nicht einfach anderen Akteuren wie etwa Akkreditierungsagenturen überlassen dürfen. Während die Länder sich erschrecken, fühlten sich Studierende in ihrer Kritik bestätigt: „Das Urteil wäre die Chance, das privatwirtschaftliche Akkreditierungssystem grundsätzlich abzulösen“, sagte Isabella Albert, studentisches Mitglied des Akkreditierungsrates. Auch Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, forderte Bund und Länder auf, das Akkreditierungssystem grundlegend zu erneuern. Dabei sollten Qualitätsstandards, Studierbarkeit und Mobilität sowie die Beteiligung aller Interessengruppen ganz oben auf der Agenda stehen.

sos







320.000 Menschen demonstrierten am 17. September 2016 in sieben deutschen Städten gegen TTIP und CETA.

Foto: Ruben Neugebauer

Ein guter Deal?

# Das Freihandelsabkommen TTIP und die Hochschulen

**// Bei den geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und TiSA (Trade in Services Agreement) ist so einiges noch geheim und vieles umstritten. Dass aber erhebliche Gefahren in diesen Verträgen schlummern, ist deutlich – und führt zu heftigen Debatten auch in der Hochschulpolitik. //**

So kritisiert beispielsweise die European University Association (EUA): „TTIP und TiSA stellen die Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und regionaler Autoritäten bei der Versorgung mit höherer Bildung in Frage.“ Hochschulbildung stehe in öffentlicher Verantwortung, müsse allen Bürgern zugänglich sein und dürfe nicht zu einer kommerziellen Interessen ausgelieferten Ware werden, meint der Europäische Hochschulverband. Die EUA vertritt mehr als 850 Universitäten aus 47 Staaten sowie 33 nationale Rektorenkonferenzen. Eigentlich ist die Organisation durch und durch konservativ und weit davon entfernt, Dinge wie Konkurrenz und Wettbewerb zu verteufeln. Im Gegenteil: Hochschulen sind heute längst selbst Teil des sogenannten freien Spiels der Kräfte, finanzieren sich zu einem Gutteil aus privaten Mitteln und dienen sich fast schon wie selbstverständlich den Interessen und Bedürfnissen von Konzernen, Unternehmen und Banken an – Stichwort „unternehmerische Hochschule“. Allerdings geschieht das bislang noch weitgehend unter ihrem eigenen Dach und ohne zu viel lästige Konkurrenz, weil die eben von Staats wegen klein gehalten wird – noch, aber vielleicht nicht mehr sehr lange.

## EU und USA machen sich gleich

Mit TTIP schicken sich EU und USA an, die größte Freihandelszone weltweit zu schaffen. Neben dem Abbau von Hemmnissen für den Handel mit Waren, Gütern und Rohstoffen geht es dabei vor allem um die Errichtung eines weitgehend schrankenlosen Dienstleistungsmarktes. Im Kern läuft die so betriebene „Gleichmacherei“ unter dem Motto: Was für Europa gilt, muss genauso für die USA gelten und umgekehrt. Allerdings ist das US-Bildungssystem zu einem viel größeren Ausmaß privatwirtschaftlichen und kommerziellen Interessen geöffnet, als dies in Europa der Fall ist. Die mächtigen US-Bildungskonzerne haben es freilich darauf abgesehen, die bestehenden EU-Standards und -Regeln auf das heimische Niveau herabzusetzen, um mit ihrem Geschäftsmodell auch den europäischen Markt erschließen zu können.

## Profitquelle Schule

Die GEW hat skizziert, wohin die Reise gehen könnte. Das Szenario: Der US-Bildungskonzern Apollo Inc. sorgt 2020 mit seiner privaten Fachoberschule in Kassel für Schlagzeilen, weil reihenweise Schüler durchs Abitur gerasselt sind. Die Behörden machen den Laden wegen gravierender Qualitätsmängel dicht. Aber Apollo will „diesen Angriff auf unsere Möglichkeiten, Gewinn zu erzielen, nicht hinnehmen“ und verklagt das Land Hessen vor einem internationalen Schiedsgericht auf Schadensersatz. Tatsächlich könnte eben dies mit TTIP möglich werden. Das fragliche „Investor-Staat-Schiedsverfahren“ soll Unternehmen befähigen, Regierungen des Gastlandes vor den Kadi zu zerren, sobald sie sich durch staatliche Vorschriften oder parlamentarische Beschlüsse in ihrer Geschäfte- und Geldmacherei behindert sehen. Aus Sicht von Kritikern stellt dies einen massiven Angriff auf die Gestaltungsmacht der Politik dar. Dazu kommt, dass besagte Schiedsgerichte privat betrieben werden sollen, das hieße, die nationale Rechtsprechung wäre in entsprechenden Streitfällen praktisch ohne Belang. Sicherlich ist es bereits nach dem 1995 in Kraft getretenen GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) ausländischen Firmen erlaubt, in der EU Privathochschulen zu gründen oder Online-Sprachkurse und -Weiterbildung zu offerieren. Allerdings gilt für sie der sogenannte Subventionsvorbehalt. Danach haben externe Akteure kein Anrecht auf die gleichen öffentlichen Zuschüsse wie inländische und insbesondere staatliche Anbieter. Auf diesem Wege kann das nationale öffentliche Bildungswesen gestärkt und gegen die wachsende private Konkurrenz geschützt werden. Wird dieses Privileg mit TTIP gekippt und erwachsen US-Unternehmen damit „gleichberechtigte“ Ansprüche, wäre der Staat vor zwei Alternativen gestellt: Entweder er versorgt alle Marktteilnehmer – staatliche wie private – gleichwertig gut oder – die fast zwangsläufige Folge – gleichwertig schlecht. Das Ende vom Lied: Die öffentliche Hand zieht sich wegen „leerer Kassen“ weiter aus ihrer Verantwortung für das Bildungswesen zurück und überlässt über kurz oder lang den Konzernen das Feld.

## Kungeln im Geheimen

Die Gespräche zwischen der EU-Kommission und den US-Vertretern werden geheim im stillen Kämmerlein geführt und kaum etwas dringt an die Öffentlichkeit. Für Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender, „gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Bildung

ausgeklammert wird“. In der Logik der Handelspolitiker von EU und USA „ist Bildung eine Ware, die wie ein Automobil oder das viel zitierte Chlorhähnchen dem freien Wettbewerb ausgesetzt werden soll“. Und er fragt: „Selbst für den Fall, dass öffentliche Bildung außen vor bliebe, wo verläuft die Trennlinie zwischen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen? Was zum Beispiel ist mit den kommerziellen Fort- und Weiterbildungsangeboten staatlicher Hochschulen?“ Keller verlangt deswegen, die TTIP-Verhandlungen sofort zu stoppen und alle Karten auf den Tisch zu legen. Sämtliche Landeshochschulgesetze, die die staatliche Anerkennung von Privathochschulen an eine Akkreditierung binden, könnten über Nacht als Investitionshemmnis attackiert werden. Es bestünde die Gefahr, dass sich auch in Deutschland sogenannte Diplom-Mühlen niederlassen – Briefkastenhochschulen, die für teures Geld Studienabschlüsse vergeben, ohne dass die üblichen Qualitätsstandards eingehalten werden.

Der Politologe Christoph Scherrer von der Uni Kassel denkt noch weiter in die Zukunft: Heimische Anbieter gerieten unter Anpassungsdruck, müssten etwa Personalkosten senken. Mögliche Folgen: „Auslagerungen, atypische Beschäftigungsformen oder Absenkung tariflicher Standards.“

## Öffentliches Gut Bildung

Für die European Students Union (ESU), die europäische Dachorganisation der Studierendenvertretungen, ist Bildung „eine der Hauptstützen der modernen Zivilisation und muss als öffentliches Gut und öffentliche Verantwortung betrachtet werden“. Mit TTIP würden die vielfältigen Zwecke, denen Bildung dient, aufgegeben, die Pläne für eine größere Bildungsbeteiligung gefährdet und der Kommerzialisierung von Bildung Vorschub geleistet. Bleibt zu hoffen, dass sich das auch an hiesigen Hochschulen herumspricht.

**Ralf Wurzbacher ist Diplom-Medienberater und arbeitet als freischaffender Journalist mit den Schwerpunkten Bildung, Wissenschaft und Hochschulen.**

Mehr Infos gibt's beim Bündnis gegen TTIP:  
[www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)



Dieser Artikel erschien zuerst – in längerer Fassung – auf Studis Online



Papier ist geduldig

# Zur Bologna-Erklärung von KMK und HRK

// **Bologna – der Name der italienischen Universitätsstadt löst bei vielen Studierenden unangenehme Assoziationen aus: Bachelor und Master, Verschulung und Verdichtung des Studiums, Prüfungswahn und Workload.** //

Kein Wunder, dass die Kritik an den Bologna-Reformen bei den Bildungsprotesten 2009 im Mittelpunkt stand, als bundesweit Zehntausende auf die Straße gingen. Nicht ohne Erfolg: Die damalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan bekannte sich unter dem Druck der Bildungsproteste zum freien Zugang zum Masterstudium für alle. Die Kultusministerkonferenz (KMK) lockerte ihre Strukturvorgaben für Bachelor- und Masterstudiengänge mit dem Ziel, die Prüfungslasten für Studierende wie Lehrende zu reduzieren. Als nun sieben Jahre später KMK und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) eine

gemeinsame Erklärung zur „Europäischen Studienreform“ ankündigten, waren die Erwartungen groß. Kurz zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht die im Zuge der Bologna-Reformen eingeführte Akkreditierung von Studiengängen für verfassungswidrig erklärt. Würden KMK und HRK den Karlsruher Richterspruch zum Anlass nehmen, den deutschen Weg der Umsetzung der Bologna-Reformen auf den Prüfstand zu stellen?

## Enttäuschte Erwartungen

Mitnichten. „Konsolidierung und Optimierung“ der Bologna-Erklärung stünden nun im Mittelpunkt, heißt es in der im Juli veröffentlichten Erklärung von KMK und HRK. Hürden beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium? Miserable Studienbedingungen, unzureichende Betreuung durch Dozentinnen und Dozenten? Alles kein Thema für die Ministerinnen und Minister, Rektorinnen und Rektoren.

Stattdessen konzentrierten sich KMK und HRK darauf, die Umsetzung längst beschlossener Lockerungen der Bologna-Vorgaben einzufordern. So kann seit der Überarbeitung der KMK-Strukturvorgaben 2009 auf Modulprüfungen verzichtet oder es können mehrere Prüfungen zu einer zusammengelegt werden. Statt ein Konzept zu entwickeln, wie die Hochschulen dazu bewegt werden können, diese Möglichkeiten tatsächlich zu nutzen, legten KMK und HRK nun nach: In den ersten beiden Semestern könne sogar komplett auf Noten verzichtet werden. Schön und gut, aber wie soll für die Umsetzung vor Ort an den Hochschulen gesorgt werden?

## Es hapert an der Umsetzung

Papier ist geduldig. Das gilt auch für die in den KMK-Strukturvorgaben enthaltene Gleichstellung von Universitäten und Fachhochschulen. Den akademischen Grad „Dipl.-Ing. (FH)“ gibt es nicht mehr. Ein Bachelor ist ein Bachelor und berechtigt zu einem Masterstudium sowohl an einer FH als auch an einer Uni. Theoretisch. Der Appell von KMK und HRK an die Unis, die Gleichstellung endlich ernst zu nehmen, zeigt, dass es auch hier ein Umsetzungsproblem gibt. Viele Unis schotteten sich von FHs ab, die sie häufig als Hochschulen zweiter Klasse ansehen.

Umsetzungsprobleme gibt es auch bei der inzwischen von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten Lissabon-Konvention zur gegenseitigen Anerkennung von Hochschulqualifikationen. Ihr liegt der Grundsatz der Beweislastumkehr zu Grunde. Nicht mehr die Studierenden müssen nachweisen, dass ihre anderswo erworbenen Qualifikationen gleichwertig sind, sondern umgekehrt die Hochschulen, dass sie es nicht sind, wenn sie Zweifel haben. KMK und HRK haben nun sogar klargestellt, dass dieser Grundsatz genauso im Inland gilt – denn bekanntlich gibt es nicht nur beim Wechsel von Tallin nach Paris, sondern auch von Potsdam nach Berlin Anerkennungsprobleme. Ginge es nach der Lissabon-Konvention, wäre die Mobilität im europäischen Hochschulraum Realität – tatsächlich haben viele Zulassungsbüros an deutschen Hochschulen von Lissabon noch gar nichts gehört.

## Handlungsbedarf für ein besseres Studium

Mit bloßen Appellen ist es also nicht getan. Wir brauchen vielmehr verbindliche Vorgaben, die die Hochschulen verpflichten, die von KMK und HRK vereinbarten Kurskorrekturen an den Bologna-Reformen im Interesse der Studierenden umzusetzen, die Lockerungen an sie weiterzugeben. Die GEW hat daher wiederholt gefordert, dass der Bund endlich seine Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der Hochschulabschlüsse nutzt und für Standards sorgt, die bundesweit an allen Hochschulen gelten. Die Studienreform kann schließlich nur gelingen, wenn Bund und Länder für gute Rahmenbedingungen sorgen. Dass mittlerweile an den Universitäten auf eine Professorin oder einen Professor 80 Studierende kommen, ist das genaue Gegenteil. Wir brauchen deutlich bessere Betreuungsrelationen zwischen Lehrenden und Studierenden. Wenn über die Hälfte eines Altersjahrgangs aus gutem Grund ein Hochschulstudium aufnimmt, setzt das optimale Studienbedingungen und eine individuelle Förderung voraus. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Dozentinnen und Dozenten, sondern auch faire Beschäftigungsbedingungen. Wenn neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten einen Zeitvertrag haben und über die Hälfte der Zeitverträge nicht mal ein Jahr läuft, leiden darunter auch die Kontinuität und die Qualität von Lehre und Forschung. Gute Arbeit und gutes Studium sind daher zwei Seiten einer Medaille.

**Dr. Andreas Keller**  
ist stellvertretender Vorsitzender der GEW  
und Vorstandsmitglied für  
Hochschule und Forschung.

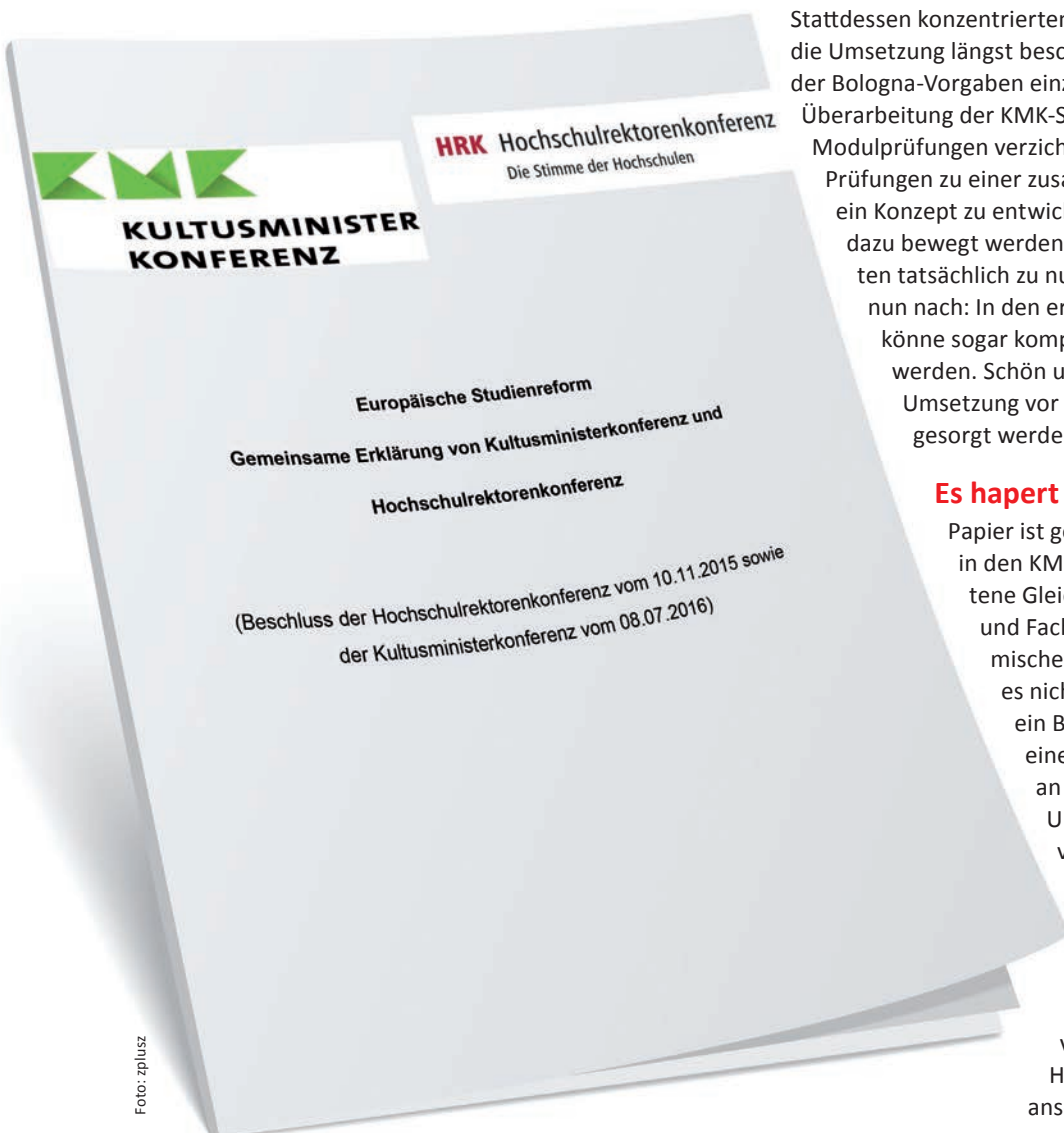


Foto: zplusz

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Hauptvorstand, Postfach 900409  
60444 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 78973-0, Fax: 069 78973-103  
E-Mail: info@gew.de  
Internet: www.gew.de  
**Redaktion:**  
Dr. Andreas Keller (verantwortlich)  
Franziska Hense, Alexander Herold (ah),  
Sven Lehmann (sl), Philipp Möcklinghoff  
(pm), Matthias Schröder (ms) und  
Sonja Staack (sos)  
**Lektorat:**  
Andrea Vath  
**Gestaltung:**  
Werbeagentur Zimmermann GmbH  
60439 Frankfurt am Main  
**Druck:** apm AG, Darmstadt  
September 2016

## Kontakt zu den GEW-Studis in Deinem Bundesland

### Baden-Württemberg

lass@gew-bw.de

### Bayern

lass.bayern@googlemail.com

### Berlin

lass@gew-berlin.de

### Brandenburg

lass-team@studiberatung-potsdam.de

### Bremen

padberg@gew-hb.de

### Hamburg

studis@gew-hamburg.de

### Hessen

studierende@gew-hessen.de

### Mecklenburg-Vorpommern

(über den Landesvorstand)  
landesverband@gew-mv.de

### Niedersachsen

hsg-h@gew-nds.de

### Nordrhein-Westfalen

lass@gew-nrw.de

### Rheinland-Pfalz

lass@gew-rlp.de

### Saarland

jungegew@gew-saarland.de

### Sachsen

kontakt@lass-sachsen.de

### Sachsen-Anhalt

lass@gew-lsa.de

### Schleswig-Holstein

sjoegren@gew-sh.de

### Thüringen

lass@gew-thueringen.de

Facebook: www.facebook.com/GEWStudis  
Twitter: www.twitter.com/GEWStudis